

(Abg. Riem.)

(A) Ich meine, es war sehr deplaciert von der rechten Seite, hier eine solche Debatte herbeizuführen. Man sollte sich endlich mit unserem Standpunkte gegenüber der Religion abfinden; jedenfalls wäre das viel besser für die rechte Seite. Man kann ja den ganzen Schmerz der Konservativen nachfühlen, wenn ein sozialdemokratischer Vizepräsident hier präsidiert, man sollte aber diesem Schmerze nicht bei jeder Gelegenheit Ausdruck geben.

(Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

(Lachen rechts.)

Ich meine, das verbessert nicht die Situation der Konservativen. Wenn sie diese Mauerblümchentaktik, wie ich sie nennen möchte, weiterführen wollen, so steht dem nichts im Wege, aber man sollte nicht immer aller Welt Zeugnis davon geben, wie schmerzlich man berührt ist von der Lösung der Präsidentenfrage.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Staatsminister **DDr. Ved:** Meine Herren! Ich bitte, nur wenige Bemerkungen machen zu dürfen.

Herr Abg. Riem hat die Tätigkeit der Synode in diesem Saale einer Kritik unterzogen, und das ist selbstverständlich sein gutes Recht. Wenn er aber versucht hat, die Lösung der ethischen Aufgaben, die der Synode hier gestellt waren, einer Kritik zu unterziehen, die geeignet ist, das Ansehen der Synode herabzusetzen, so möchte ich dagegen auf das lebhafteste protestieren.

(Bravo! rechts.)

Haben die Geistlichen bei der Erledigung des Pensionsgesetzes und anderer Angelegenheiten auch darauf hingewiesen, daß ihre gegenwärtigen gesetzlich normierten Mindestgehälter hinter denen anderer akademischer Berufe zurückstehen, und haben sie damit zugleich begründen wollen, daß auch sie verpflichtet sind, für ihre Angehörigen, für ihre Frau und Kinder und nach dem Tode für ihre Hinterbliebenen zu sorgen, so ist das nicht die Verneinung, sondern die Erfüllung einer ethischen Aufgabe;

(Sehr richtig! rechts.)

denn jedes Familienoberhaupt hat diese ethische Aufgabe — und das ist ja auch von den Herren Vertretern der sozialdemokratischen Partei anerkannt worden —, für seine Angehörigen zu sorgen.

Herrn Vizepräsidenten Fräßdorf gegenüber bitte ich noch die Bemerkung machen zu dürfen, daß ich

wohl nicht ohne Grund ihm vorgeworfen habe, nicht ganz gerecht bei seinen Ausführungen gewesen zu sein. Wenn ich den Herrn Vizepräsidenten recht verstanden habe, so hat er die Ordnung der Dinge in der Reichsversicherungsordnung vom Standpunkte seiner Partei aus für keine glückliche gehalten, sogar sie mißbilligt. Er ist aber auf der anderen Seite sofort bereit gewesen, das, was er hinsichtlich der Arbeiter mißbilligt hat, der Kirche und ihren Geistlichen zu gönnen, und zwar unter Entziehung der ihnen jetzt durch Staatsgesetz gewährten Rechte bez. unter Verschlechterung dieser Rechte. Wenn Licht und Schatten so ungleich verteilt werden, dann nennt man das im gewöhnlichen Leben nicht gerecht, und ich bin danach zu meiner Bemerkung wohl berechtigt gewesen.

Über die Einflüsse auf die Kriminalstatistik will ich mich jetzt nicht verbreiten. Jedenfalls kann man diese Frage nicht nach dem politischen Stimmzettel beurteilen, sondern muß sie nach anderen Imponderabilien, die dabei mit eine Rolle spielen, beurteilen.

Zum Schlusse aber will ich meiner lebhaften Freude darüber Ausdruck geben, daß der erste Herr Redner der Fortschrittlichen Volkspartei sich den beiden rechtsstehenden Parteien zugesellt und nicht bloß seine Zustimmung zu allen drei Gesetzen ausgesprochen hat, sondern in bezug auf das Gesetz über die Versorgung der Hinterbliebenen der Geistlichen noch weiter gegangen ist als das Gesetz. Er hat den von dem Herrn Schuldirektor Philipp in der Synode in diesem Saale bereits ausgesprochenen Wunsch aufgenommen, daß die Witwe eines Geistlichen, die, in verschlechterter Abweichung von der Witwe der Staatsdiener und der Lehrer, jetzt noch ein Vierteljahr für eine gewisse Vertretung zu sorgen hat, von dieser Last befreit werde. Er ist also so freundlich gewesen, über die Bestimmungen des Gesetzes für die Versorgung der Geistlichen noch hinauszugehen.

(Zuruf links: Das erforderte die Gerechtigkeit!)

Meine Herren! Ich möchte mit großer Genugtuung die Tatsache feststellen, daß die Fortschrittliche Volkspartei ebenso wie die Nationalliberalen und die Konservativen sich vollkommen auf den Standpunkt des Gesetzentwurfs gestellt hat, daß sie sogar noch darüber hinausgegangen ist. Ich möchte das als ein erfreuliches Zeichen der Übereinstimmung mit der Ansicht der Regierung ansehen, daß die Geistlichen nicht schlechter zu stellen sind, sondern, wie ich es schon vorhin betont habe, bei der außerordentlich schwierigen Lage, in der sie sich befinden, vollkommen gleich be-